„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. [illegible],
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die sozialen Hintergründe der chinesischen Wirren

Die Besorgnisse, welche die Lage in China in den Londoner politischen Kreisen auslöst, sind so stark, daß sie selbst das Interesse für den Sicherheitspakt vorübergehend in den Hintergrund gedrängt haben. Die englische Presse ist nicht nur angefüllt mit spaltenlangen Einzelberichten über die laufenden Ereignisse, sie macht sie auch zum Gegenstand von mehr Leitartikeln, als den wichtigsten europäischen Tagesfragen in der letzten Zeit gewidmet wurden. Der Grund für den besonders starken Grad der englischen Beunruhigung ist natürlich die Tatsache, daß sich der antienglische Charakter der chinesischen Kundgebungen immer schärfer ausgeprägt hat. Ein gewisser Höhepunkt war erreicht, als ein gewaltiger Demonstrationszug vor das Auswärtige Amt in Peking zog und den Abbruch der Beziehungen mit England verlangte. Am gleichen Tage war die Gegend des Gesandtschaftsviertels der Schauplatz einer Demonstration von über 30,000 Studenten und Arbeitern, die sich in heftigen Verwünschungen gegen die Engländer und Japaner, hauptsächlich aber gegen erstere, ergingen. Auf einem der mitgeführten Banner waren nach dem Pekinger Korrespondenten des „Manchester Guardian" die seinerzeitigen blutigen Vorgänge von Armitsar bildlich dargestellt. Man kann sich lebhaft vorstellen, welche Wirkung derartige Darstellungen angesichts des Zusammenstoßes mit englischen Freiwilligen in Hankau, der bekanntlich mehrere chinesische Todesopfer forderte, auf erhitzte chinesische Köpfe ausüben müssen.

Die englische Regierung scheint sich darüber klar geworden zu sein, daß die drohenden Gefahren mit dem System der starken Hand allein nicht gebannt werden können, sondern daß die Hand an die Wurzel des Uebels gelegt werden muß. Wo diese hauptsächlich zu suchen ist, deuten Regierungserklärungen an, die im Unterhaus in Beantwortung verschiedener Anfragen gegeben wurden. So umschrieb ein Regierungsvertreter die Auffassung der Regierung dahin, daß das wirksamste Heilmittel für die fremdenfeindlichen Kundgebungen in China in dem Versuch der Vertrauensmächte liegen würde, dem Geist der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz praktische Wirkung zu geben. Ministerpräsident Baldwin selbst kündigte an, daß die Regierung eine unverzügliche Erörterung der Zollfrage erstrebt. In beiden Punkten ist zweifellos von den sogenannten Vertragsmächten an China schwer gesündigt worden. Was die Zollfrage anbelangt, so wurden durch den Washingtoner Vertrag vom 6. Februar 1922, der zwischen China einerseits und Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Portugal und den Vereinigten Staaten andererseits abgeschlossen wurde, China gewisse Befugnisse zur Erhöhung seiner Zölle versprochen, eine Maßnahme, die für die Verbesserung der chinesischen Finanzen von großer Bedeutung sein würde. Die Einzelheiten sollten auf einer Sonderkonferenz nach Ratifizierung des Vertrages festgelegt werden. Mehr als drei Jahre hat China vergeblich auf die Einberufung dieser Konferenz gewartet, da die Ratifizierung des Vertrages durch Frankreich immer noch aussteht.

Wichtiger aber noch ist der andere Punkt, auf den der „Manchester Guardian" in einem Leitartikel besonders nachdrücklich aufmerksam macht. Schon vor mehr als 20 Jahren erklärten sich England, Japan und die Vereinigten Staaten bereit, auf ihre Vorrechte zu verzichten, sobald China die Garantie eines wirksamen Rechtssystems gegeben habe. Ein Beschluß der Washingtoner Konferenz sah dann die Bildung einer internationalen Kommission vor, welcher die praktische Prüfung und Erledigung dieser Frage übertragen werden sollte. Auch auf die Bildung und Betätigung dieser Kommission haben die Chinesen bisher vergeblich gewartet. Wenn es auch nunmehr unter dem Eindruck der Explosionen in China zu Verhandlungen über die genannten Fragen kommen sollte, ist ihr Erfolg durchaus nicht sichergestellt, ganz abgesehen von dem Maß der chinesischen Forderungen. Die Interessen der verschiedenen Mächte laufen durchaus nicht parallel, und diese Gegensätzlichkeiten sind es gewesen, die bisher jede durchgreifende Regelung verhindert haben. China selbst aber hat als Objekt und Opfer der fremden Mächtepolitik stets ihre Kosten zu bezahlen gehabt. Die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes durch das beherrschende fremde Kapital, die durchweg von menschenunwürdigen sozialen Verhältnissen der Arbeitnehmer begleitet ist, ist ein weiterer stark erbitternder Faktor und dankbar günstiger Nährboden für eine rührige Propaganda.

Nach den Angaben des „Manchester Guardian" müssen die Arbeiter in den Bergwerken Schantungs täglich zwanzig Stunden unter Tage arbeiten. Knaben arbeiten in den Glaswerken von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends. Die Kinder haben in den Spinnereien dieselben Arbeitsstunden wie Erwachsene. Nachtarbeit ist allgemein, und die Woche besteht aus sieben Arbeitstagen. Das moderne soziale Gewissen vermag es einfach nicht zu fassen, daß irgendwo in der Welt noch derartige Zustände bestehen können. Es ist wenig überzeugend, wenn von konservativer Seite im englischen Unterhause erklärt wurde, daß die Arbeitsbedingungen in den ausländischen Niederlassungen bessere seien und dabei rühmend auf das Beispiel von acht englischen Baumwollspinnereien in Shanghai hingewiesen wurde, die keine Kinder unter (!) 10 Jahren einstellten. Es gibt in Shanghai im ganzen 36 Spinnereien. Wie es mit der Kinderarbeit in den übrigen 28 aussieht, darüber wurde nichts gesagt, ebenfalls nichts über die Löhne und Arbeitsstunden.

Wenn man all diese Dinge in ihrer Gesamtwirkung auf das chinesische Volk berücksichtigt, gewinnt man doch einiges Verständnis für das, was sich zur Zeit in China abspielt. Es ist höchste Zeit, daß sich die Mächte nicht nur ihrer Rechte, sondern auch ihrer Pflichten gegenüber diesem unglücklichen und so schwer geprüften 400-Millionen-Volk erinnern.

Großer Kohlenstreik droht in England

Die Mining Association, der englische Verband der Bergwerksbesitzer, hat den Lohntarif mit dem Bergarbeiter-Verband für den 31. Juli gekündigt. Gleichzeitig hat der Verband angekündigt, die Grundzüge für ein neues Lohnabkommen seien unter Beratung und würden später mitgeteilt werden.

Die Bedingungen des geplanten neuen Abkommens sind nicht näher bekannt, doch haben sie zweifelsohne längere Arbeitsstunden bei gleichzeitiger Lohnverringerung zur Grundlage. Es ist so gut wie sicher, daß die Arbeiterschaft diese Vorschläge zurückweisen wird. Sollte sich ein Kompromißvorschlag nicht ermöglichen lassen, so dürfte es gegen Ende Juli zu einer höchst ernsten Krisis im Kohlenbergbau kommen.

Sekretär Cook vom Verband der Bergleute bezeichnet das Vorgehen der Zechenbesitzer als eine Kriegserklärung. Die Maßnahme dürfte dazu führen, daß der Dreibund der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter wieder ins Leben gerufen wird.

In dem letzten Jahr haben über 400 Zechen den Betrieb eingestellt, während die Kohlenausfuhr im vorigen Jahre um 30,000,000 Pfund Sterling abgenommen hat. Nach der Meinung vieler Fachmänner dürfte es England schwer fallen, diese Einbuße in seinem Kohlenexportgeschäft wieder gut zu machen. Als ursächlich für die Abnahme werden angeführt die starke Entwicklung der Wasserkraftanlagen, die massenhafte Verwendung von Oel als Brennstoff, namentlich in der Schiffahrt und die gesteigerte deutsche Kohlenerzeugung für Reparationszwecke.

Was die Ausnützung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität anbetrifft, scheint England von den europäischen Kontinentalländern überflügelt worden zu sein. Die Regierung arbeitet noch immer, wie Premier Baldwin ankündigte, auf eine solche Entwicklung hin, weil mit der Beschaffung von wohlfeiler Triebkraft und Elektrizität der Betrieb industrieller Werke sich rentabler gestalten ließe. Der Vorschlag des Premiers, der Industrie auf diese oder andere Weise Subvention zukommen zu lassen, findet jedoch wenig Unterstützung.

Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit, die in voriger Woche eine kleine Abnahme gezeigt hatte, in dieser Woche wieder eine Zunahme von nahezu 20,000 erfahren.

Die Baumwollspinnereien von Manchester, welche mit amerikanischem Garn arbeiten, haben mit einer überwiegenden Majorität beschlossen, durch Verkürzung der Arbeitszeit um 8¾ Stunden per Woche die Produktion zu reduzieren.

Vorbereitung der Ruhrräumung

Die französische Rheinarmee hat mit ihren ersten Vorbereitungen zur Räumung des Ruhrgebietes begonnen, worüber die Painleve-Regierung kürzlich verlauten ließ, sie würde bis zum 15. August beendet sein. Dies erfolgt in Erfüllung des von der vorherigen Heriot-Regierung geleisteten Versprechens, daß Frankreich die Ruhr innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Dawes-Planes räumen werde.

In offiziellen Kreisen wurde erklärt, die Räumungsvorbereitungen würden vor dem 15. August fertig gestellt sein, so daß alles, was für die französischen Truppen an der Ruhr an jenem Tage zu tun verbleibt, einzig darin besteht, herauszumarschieren. Es wurde jedoch zu verstehen gegeben, die Räumung möge etliche Tage vor dem 15. August vor sich gehen, wenn die Vorbereitungen sich früher als erwartet bewerkstelligen lassen. Die Vorbereitungen bestehen zumeist aus Fortschaffung des Materials nach Stützpunkten und entlang den rückwärtigen Verbindungslinien.

Eine offizielle Ankündigung vom 23. Juni hatte besagt, die Franzosen würden das Ruhrgebiet bis zur Linie Oberhausen-Mülheim und Kettwig räumen, was die Räumung von Essen bedeuten würde.

Weltumschau

Deutschland

Dr. Jacob Gould Schurman, der neue amerikanische Botschafter für Deutschland, überreichte dem Reichspräsidenten von Hindenburg seine Beglaubigungsdokumente. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Ansprache des Botschafters und in der Antwort des Reichspräsidenten der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die jetzige herzliche Freundschaft zwischen den beiden Ländern fortdauern möge.

Der Reichspräsident war in freundlichster, leutseliger Stimmung, sprach mit jedem einzelnen Mitglied der amerikanischen Botschaft und unterhielt sich, nachdem die offiziellen Ansprachen ausgetauscht waren, mit dem neuen Botschafter längere Zeit in deutscher Sprache, die dieser vollkommen beherrscht, da er an deutschen Universitäten studiert hat.

Dr. Schurman sagte unter anderem:

„Es ist der Wunsch meiner Regierung, in vollstem Maße eine gegenseitige Freundschaft zwischen unsern zwei Ländern zu pflegen. Angeregt durch meine herzlichsten Gefühle für Deutschland, infolge meiner Studien in jungen Jahren in diesem Lande und eines fortgesetzten gesellschaftlichen Verkehrs mit Deutschen, wird es mir persönlich eine besondere Genugtuung bereiten, die Instruktionen meiner Regierung auszuführen. Ich ersuche ernstlich um das Vertrauen und die Mitwirkung der Regierung Ew. Exzellenz, die meinen Vorgängern reichlich und mit so glücklichem Resultat zuteil wurden. Dadurch werden wir zusammen die Wiederherstellung der alten Beziehungen herzlicher Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk fördern, die in der Vergangenheit in bemerkenswerter Weise zum Frieden und zum guten Willen in der Welt beigetragen haben. Obgleich die Welt heute in Frieden ist, erfreut sie sich dennoch nicht der Früchte des Friedens. Die Gespenster der Furcht und des Mißtrauens schleichen unter den Nationen und wirken den besten Bemühungen um einen wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Wiederaufbau entgegen. Während es die Politik der Vereinigten Staaten ist, an der Lösung europäischer Probleme sich nicht zu beteiligen, es daher für mich nicht passend wäre, meine Meinung über die Vorzüge oder Nachteile der jetzt in Erwägung stehenden politischen Richtungen auszudrücken, möge es mir gestattet sein, die Tatsache, daß Deutschland eine neue Anwendung der Prinzipien des guten Willens und des gegenseitigen Vertrauens vorgeschlagen hat, als ein verheißungsvolles Omen für den Frieden und die Gesundung der Welt zu begrüßen. Mit tiefer Bewunderung für Deutschlands Beiträge zur Zivilisation in der Vergangenheit und mit dem besten Glauben in die Fähigkeit des deutschen Volkes, seine jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden, habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz die besten Wünsche des Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten für die Wohlfahrt Deutschlands zu überbringen."

Reichspräsident von Hindenburg sagte in seiner Erwiderung auf die Ansprache des amerikanischen Botschafters:

„Ich danke Ihnen aufrichtig für die freundlichen Worte, die Sie eben an mich gerichtet haben. Mit tiefer Genugtuung entnehme ich daraus, daß Ihre Regierung in weitmöglichstem Maße die gegenseitige Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten weiter pflegen will. Seien Sie versichert, daß der Präsident und die Reichsregierung von Deutschland, der von unserem Lande seitens der Vereinigten Staaten während der verflossenen schwierigen Jahre empfangenen zahlreichen Freundschaftsbeweise eingedenk, von demselben Wunsche erfüllt ist wie Ihre Regierung. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem verantwortungsvollen Amt verbundenen Aufgaben zu erleichtern. Abgesehen von den umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staate waren unsere zwei Länder immer durch starke geistige Bande verbunden. Ich bezweifle nicht, daß Sie, als ein früherer Student dreier deutscher Universitäten, als ein Gelehrter von Weltruf und als jahrelanger Präsident der berühmten Cornell-Universität, die uns schon einmal zuvor in ihrem Vorgänger Andrew D. White einen hervorragenden diplomatischen Repräsnetierten gesandt hat, für die amerikanisch-deutschen kulturellen und geistigen Beziehungen volles Verständnis haben werden. Der Hinweis Ew. Exzellenz auf das unbefriedigte Europa und der Ausdruck Ihrer sympathischen Anerkennung der von der deutschen Regierung unternommenen neuen Schritte, um eine gegenseitige und aufrichtige Verständigung herbeizuführen, beweist, daß Sie die politischen Bedürfnisse und die ehrlichen Absichten des deutschen Volkes, das einen wahren Frieden anstrebt, teilnahmsvoll begreifen. Für die guten Wünsche des Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten, die Sie mir gütigst überbrachten, danke ich Ihnen auf das herzlichste. Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie aufrichtig willkommen."

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer appellierte an die Regierung, in der Angelegenheit des Sicherheitspaktes nur nach reiflicher Erwägung vorzugehen und sich mit den Unterhandlungen hierüber nicht vielleicht aus dem Grunde zu beeilen, um das Rheinland freizubekommen. Er meinte, das Rheinland würde lieber die jetzigen Fesseln noch einige Zeit lang erdulden, als die Ketten ewig zu tragen, die die Alliierten bereit halten.

Aehnlich wie kürzlich in Paris verschaffte sich in Berlin eine Anzahl chinesischer Studenten Zugang zu der chinesischen Gesandtschaft und forderte dort Auskunft über die Anwesenheit des Generals Hsu, der als Sekretär des Präsidenten von China fungiert. General Hsu scheint unter den hiesigen Chinesen recht mißliebig zu sein, besonders weil er bei seinen kürzlichen Besuchen in Frankreich und England offiziell gefeiert worden ist. Die Studenten verlangten, daß er Deutschland sofort verlasse und drangen darauf, daß der Gesandte ein Schriftstück unterzeichne, welches sich dafür verbürgt, daß der General keine Munition in Deutschland kaufe oder dort um Anleihen verhandle oder sonst etwas tue zum Nachteile Chinas. Nach längerem Gerede, wobei auch Drohungen ausgestoßen worden sein sollen, unterzeichnete der Gesandte das Schriftstück, worauf die Deputation abzog.

Oesterreich.

Zwanzigtausend Arbeiter, Arbeitgeber, Studenten, Professoren und andere hielten eine Riesendemonstration zugunsten des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ab. Redner verkündeten, daß Oesterreich gemäß dem Versprechen des verstorbenen Präsidenten Wilson das Selbstbestimmungsrecht habe. Es wurde eine Resolution angenommen, wodurch die Regierung aufgefordert wird, die auswärtigen Mächte zu informieren, daß die Bevölkerung Oesterreichs den Anschluß an Deutschland wünscht.

Die Ausdehnung des finanziellen und wirtschaftlichen Niedergangs, unter dem Oesterreich zurzeit leidet, findet am besten in dem Bericht über die Gründung neuer Industriegesellschaften Ausdruck. Laut diesem Bericht, der die letzten sechs Monate in sich begreift, wurden in diesem Zeitraum nur 19 neue Aktiengesellschaften gegründet, gegen 94 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 111 im Jahre 1923. Weiter ist aus dem Bericht ersichtlich, daß während der letzten sechs Monate nur 49 Gesellschaften ihr Aktienkapital erhöhten, gegen 130 im Jahre 1923.

Ungarn.

Ein Handelsvertrag zwischen den Ver. Staaten und Ungarn, der auf den Grundlinien des mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrages basiert, wurde vom amerikanischen Staatssekretär Kellogg und dem ungarischen Gesandten unterzeichnet.

Zurzeit der Verbannung des verstorbenen Königs Karl versprach Fürst Esterhazy, die Pferde seines Marstalls so lange zu verpflegen, bis die Habsburger sie zurück wollen. Der Fürst bekam 90 Pferde und die Finanzlast drückte ihn schließlich schwer. Der Verwalter des Gutes von Esterhazy reiste kürzlich zu der früheren Kaiserin Zita und erklärte die Lage. Sie verstand die Sache und der ältere Sohn Otto zeichnete einen Erlaß, welcher den Fürsten seines Versprechens entband. Die Pferde wurden kürzlich im Aufstreich verkauft.

Rumänien.

Beim Einsturz eines Gebäudes während einer Schulfeier in Oltenitza, Rumänien, wurden fünfzehn Schülerinnen getötet und eine Anzahl schwer verwundet.

Rußland.

Die Sowjetregierung vollendete ihre Pläne für die vollständige Umänderung des Telephonsystems in ganz Rußland im Einklang mit dem amerikanischen Normalsystem. Dies bedeutet eine Ausgabe von mehr als $100,000,000. Es wurde bekannt, daß die Regierung bei diesem Unternehmen die Mitarbeit einiger der großen amerikanischen elektrischen Gesellschaften wünscht.

Das Gericht in Charkow hat eine Räuberbande, welche es sich zur Spezialität gemacht hatte, ganze Eisenbahnwagen zu stehlen, abgeurteilt. Zwei Mitglieder wurden zum Tode verurteilt, und 21 zu langen Zuchthausstrafen. Zwei Jahre lang hatten die Mitglieder der Bande große Verdienste eingestrichen, indem sie die Waren, die sie den Instituten aus Eisenbahnwagen gestohlen hatten, an dieselben zurückverkauften.

Der [illegible] Eilzug auf der transsibirischen Eisenbahn [illegible] Taiga, etwa 100 Meilen östlich von Novo Nikolaevsk, entgleist. Neun Personen fanden den Tod und 32 wurden verletzt.

Auslandkommissar Tschitscherin erhob in einer Unterredung die Beschuldigung, daß der russenfeindliche Feldzug in der britischen Presse halbamtliche Billigung erhalte. Er verwies auf eine heftige russenfeindliche Rede von Lord Birkenhead. Der Kommissar wirft Birkenhead vor, daß er einen Abbruch der englisch-russischen Beziehungen erstrebe. Der nächste Schritt könne nur der Krieg sein. Tschitscherin bestreitet, daß Rußland sich in China einmengt und die Kriegführenden unterstützt. Die Teilnahme für das chinesische Volk, welches für eine demokratische Regierung kämpft, bedeute keine Einmengung in die chinesische Regierung. Die verschiedenen Nationalitäten unterstützen die verschiedenen chinesischen Generale in der Führung eines Bürgerkrieges und verhindern dadurch die Wiederherstellung der Ordnung.

Polen.

Verheerende Fluten folgten schweren Regengüssen in Galizien und in Schlesien. Die Weichsel und alle Bergströme traten über ihre Ufer. Die Stadt Krakau ist in Gefahr. Viele Bezirke sehen wie große Seen aus, aus welchen sich die wenigen Dörfer auf höherem Grund erheben. Andere Dörfer sind überschwemmt. Fünfzehn Kinder, die auf einem Schulausflug nahe Marjampol eine Brücke über den Dnjester kreuzten, wurden weggeschwemmt. Alle sind ertrunken.

Frankreich

Finanzminister Caillaux ist damit beschäftigt, seine vom Parlament angenommenen Maßnahmen, um Frankreichs finanzielle Lage zu verbessern, in die Tat umzusetzen; in einer Rede bezeichnete er diese Lage „weniger ernst, als das Volk es behauptet, aber ernster, als das Volk glaubt". Es wird angenommen, daß die neue Goldanleihe, die für Besitzer der Nationalverteidigungs-Bonds reserviert ist, innerhalb 10 Tagen zur Ausgabe gelangen wird, vielleicht am 14. Juli, dem Tage der Erstürmung der Bastille, dem französischen National-Feiertag. Im allgemeinen begegnet der Plan der Goldanleihe seitens der Finanz-Sachverständigen einer günstigen Aufnahme, obwohl sie mit Caillaux übereinstimmen, daß es eine kühne Maßnahme sei. Andere hingegen kritisieren die Anleihe als eine gefährliche Neuerung, da der Staat dadurch einen Teil der Schulden in Gold und den Rest in Papier bezahle. Sie führen aus, daß dies von Fabrikanten von Regierungs-Material dazu benützt werden könnte, um ihre Zahlungsforderungen auf einer Goldbasis zu kalkulieren. Caillaux verliert keine Zeit, um mit dem ersten Artikel seines Finanzgesetzes die Art zu schwingen. Er hat die Vorstände aller Departements, die die Ausgaben des Landes kontrollieren, zu sich beschieden, um mit ihnen Sparsamkeits-Maßregeln zu besprechen. Er hat hundert Registrierungs-Bureaux, die nicht mehr notwendig sind, aufgehoben und hundertvierunddreißig Bureaus verständigt, daß sie bald ihre Tätigkeit einzustellen haben werden. Der erste Artikel hatte bisher nur wenig Aufmerksamkeit gefunden, obwohl er dem Premier und Finanzminister zusammen Rechte einräumt, die der „Temps" als „königlich" bezeichnete, da er sie ermächtigt, durch Dekrete Einschränkungen in den Verwaltungsausgaben vorzunehmen.

Die französisch-deutschen Unterhandlungen über einen neuen Handelsvertrag sind wieder zum Stillstand gekommen, und in hiesigen amtlichen Kreisen wird erklärt, daß wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Beendigung der Konferenz bestehe. Man schiebt den Deutschen die Schuld für den Fehlschlag der Bemühungen, ein Handelsübereinkommen zu treffen, zu, indem man sagt, daß die Deutschen sich zuerst mit dem beantragten Vertrag im Prinzip einverstanden erklärten und bei den späteren Verhandlungen gegen jeden Punkt des französischen Vorschlages Einwendungen erhoben.

Die endgültigen französischen Vorschläge für einen Handelsvertrag mit Deutschland wurden Dr. Trendelenburg, Leiter der deutschen Abordnung, von Handelsminister Chaumet zugestellt. Er überreichte eine Liste mit Zöllen, welche das letzte Zugeständnis von Frankreich darstellen.

Großbritannien

Die britische Regierung beratet mit anderen interessierten Mächten und will mit ihnen bei Erwiderung auf Chinas Vorschlag, seine ausländischen Verträge zu ändern, gemeinsam handeln. Auslandsminister Chamberlain sagte dies dem Unterhaus in Erwiderung auf eine Frage. Der Minister sagte, er könne über die Angelegenheit nichts bemerken, bevor die chinesische Regierung Schritte treffe, um die fremdenfeindliche Agitation zu beenden und Recht und Ordnung wiederherzustellen.

Ein von dem früheren Premier der Arbeiterregierung Ramsey MacDonald im Unterhause gestellter Antrag, die jetzige Regierung zu rügen, weil sie es unterlassen habe, das Arbeitslosenproblem zu lösen, wurde mit 373 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

China

Repräsentanten des chinesischen Außenamtes sind im ausländischen Konzessionsgebiet eingetroffen und überbrachten die Forderungen der provisorischen Zentralregierung, unter denen die folgenden die bemerkenswertesten sind:

Der britische und der französische Konsul sollen sich bei der Zentralregierung für die Vorgänge in Verbindung mit der Tötung mehrerer chinesischer Demonstranten durch ausländische Truppen Schamins entschuldigen, und die britische und französische Regierung sollen die genannten Beamten abberufen;

alle ausländischen Kanonenboote sollen die Gewässer bei Kanton verlassen;

das Konzessionsgebiet von Schamin soll der chinesischen Regierung zurückgestellt werden;

für die getöteten Chinesen soll ein angemessener Schadenersatz geleistet werden;

auch die ausländischen Marineoffiziere sollen sich bei der chinesischen Zentralregierung entschuldigen.

Die Beunruhigung unter den ausländischen Behörden über die Zustände in mehreren der chinesischen Städte, in denen in der letzten Zeit Ausschreitungen stattfanden, hat sich neuerlich erhöht. Von Haihou, dem Hafen von Kiungtschau auf der Insel Hainan in der Nähe der Küste der Provinz Kwangtung, wird telegraphisch gemeldet, daß die dortigen ausländfeindlichen Demonstrationen einen heftigeren Charakter annehmen und daß die Lage für kritisch gehalten werde. Angeblich sollen in Hoihau Studenten aus verschiedenen Teilen Chinas eintreffen und den Versuch machen, die Bevölkerung zu einem Aufstand aufzustacheln. Der britische Konsul in Hutschau hat nach einem Angriff auf die Kabelstation im Hafen den militärischen Gouverneur der Provinz um Schutz ersucht. Auch die Lage in Tschungking, das 830 Meilen oberhalb von Hankau, am Zusammenfluß von Kialing und des Yangtse, liegt, wird von Tag zu Tag ernster. Die Feindseligkeit der dortigen Chinesen richtet sich, den Depeschen zufolge hauptsächlich gegen die Japaner. Die Lage wurde gestern so schlimm, daß um Mitternacht alle in Tschungking ansässigen Japaner auf drei japanische Dampfschiffe gebracht wurden. Ehemalige chinesische Soldaten, die noch im Besitz ihrer Waffen und Munition sind, schließen sich den Agitatoren an. Die Streiklage in Schanghai ist unverändert. Straßenbahnen und Omnibusse werden von Chinesen häufig mit Steinen beworfen.

Nach einer Depesche aus Peking wiesen die Behörden von Canton den britischen und französischen Konsul zum Verlassen der Stadt und sogar zur Uebergabe der Konzessionen an die unabhängige Ortsverwaltung an.

Die Streitkräfte, welche kürzlich Canton erobert, bildeten eine neue Regierung für das südliche China. Der neue Zivil-Gouverneur Wu Hon-Min ist durch seine Bolschewiki-Neigungen bekannt, was auch auf den neuen Kriegsminister und den Verkehrsminister zutrifft. Der Zivilgouverneur ist zugleich Minister des Auswärtigen. Alle ausländischen Konsuls, ausgenommen der britische und französische, sind zu einem Empfang eingeladen, welchen die neue Regierung abhält.

Verhandlungen zur Regelung der Wirren in Shanghai sind abgebrochen. Die chinesischen Unterhändler, die Samstag mit ausländischen Diplomaten zusammentreffen sollten, traten zurück. Sie wollten die Besprechungen nicht auf Shanghai beschränken lassen. Nach ihrer Ansicht sollten auch weiter reichende Fragen erwogen werden.

Marokko.

Depeschen aus Marokko besagen, daß der marokkanische Führer Abd-el-Krim die Franzosen noch immer angreife; er richtet sein Augenmerk gegen Taza, um dann gegen Fez vorzurücken. Eine Spezialdepesche bemerkt, daß sich wohl der Angriff auf eine 50 Meilen lange Front erstrecke, aber sich tatsächlich blos gegen drei Punkte konzentriere. Der Korrespondent schätzt die Verluste Abd-el-Krims während der Offensive auf 1000 Tote und 4000 Verwundete.

Prinz Aage, ein Neffe des Königs von Dänemark, der als Hauptmann in der französischen Fremdenlegion dient, wird wegen Tapferkeit lobend erwähnt; er hatte sich freiwillig für gefährliche Aufgaben gemeldet.

Weitere Nachrichten von der französischen Schlachtfront in Marokko besagen, daß die Verbindung zwischen den französischen Stellungen in Tizza und in Ain Aicha unterbrochen ist. Die Aufständischen sollen auf diesen Abschnitt einen sehr starken Druck ausüben.

Die nach Marokko entsandte französische parlamentarische Kommission ist zurückgekehrt und aus Gesprächen mit deren Mitgliedern geht hervor, daß eine sofortige Offensive gegen die Riffstämme notwendig ist. Ein solcher Entschluß würde für die freundlich gesinnten Stämme einen moralischen Erfolg bedeuten, die schon in dem geringsten Vorgehen einen Sieg erblicken. Jedes Zurückgehen wäre gefährlich, denn eine Zunahme des Ansehens Abd-el-Krims bedeutet eine Verminderung des Ansehens Frankreichs.

Mexiko.

Aus Furcht vor einer Wiederholung des Ausbruchs der Cholera, die 1862 auf eine Heuschreckenplage folgte, haben die Angestellten der Regierung und Mitglieder der Armee und Flotte einen Tagelohn hergegeben, um damit die Heuschreckenplage zu bekämpfen, die in einem vollen Drittel von Mexiko herrscht.

Faszistengreuel in Südtirol

Gegen die Faszistengreuel in den Gebietsteilen Tirols, die unter dem Frieden von St. Germain an Italien abgetreten werden mußten, haben in Wien lebende, aus der Heimat vertriebene Südtiroler in direkt auffälliger Weise Protest eingelegt. Eine Delegation dieser Leute erschien in der amerikanischen Gesandtschaft in Wien und übergab dem Gesandten der Ver. Staaten, Herrn A. H. Washburn, eine Denkschrift, in der zahlreiche Beispiele der Greuel aufgezählt werden, unter denen Südtirol ächzt.

Die Ver. Staaten werden zugleich als Beschützer der Schwachen und Bedrängten in der Welt angegangen, die Vermittlerrolle zu übernehmen und, falls nicht anders möglich, wenigstens einen moralischen Druck auf Rom auszuüben und dieses zu bestimmen, der deutschen Bevölkerung des oberen Etschtals eine erträglichere, humanere Behandlung zuteil werden zu lassen."

Diese Protestkundgebung, einzigartig wie sie ist, muß als ein direkter Ausfluß der gequälten Volksseele Südtirols aufgefaßt werden, die sich nicht mehr anders zu helfen weiß und nun sozusagen an die einflußreichste Nation der Welt appelliert und sie ersucht, ihre Lage erträglicher zu gestalten.

Seitdem Mussolini in Italien zur Macht gelangt ist, herrscht ein geradezu unbeschreiblicher Terror in Südtirol, ein Terror, der vor einigen Jahren gelegentlich eines Umzugs der deutschen Bewohner in der Stadt Bozen in der Ermordung des Lehrers Innerhofer seinen Höhepunkt fand, eine Greueltat, die bis zum heutigen Tage vergeblich nach Sühne schreit.

Als unerhörte Bedrücker treten die Faszisten in Südtirol auf. Wer sich ihrem Schreckensregiment nicht fügt, wird solange schikaniert und vergewaltigt, bis er freiwillig der Scholle seiner Väter entsagt und zum Wanderstab greift. Nie wird der Deutsche in einem Streitfall mit einem Faszisten recht behalten. Der Fall wird entweder niedergeschlagen oder zu Gunsten des Italieners entschieden werden.

Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zum Schutz der Minderheiten wurde das Deutsche in Südtirol in den Schulen rundweg abgeschafft. Nicht einmal deutsche Kindergärten sind mehr erlaubt. Die früheren Tiroler Beamten sind entlassen und an ihre Stelle Italiener gesetzt worden. Das Deutschtum Südtirols ist entrechtet, geknechtet. Bozen, Brixen, Meran wie auch die Landbevölkerung seufzen unter dem Joch der fremden Zwingherren.

Ich leugne, daß man sich mit Arbeit betäuben kann. Ich leugne, daß man Schmerz, Kummer und Gram in der Arbeit vergessen kann. Ich bin vielmehr überzeugt, daß die Stimmung des Menschen sich auf die Arbeit überträgt, seine Gedanken ablenkt und irreleitet, und dadurch die Ausführung seiner Tätigkeit beeinflußt. Die Arbeit also ist es nicht! Und doch gibt es etwas, das den Menschen erhebt über alle kleinlichen Sorgen, die Trauer seiner Seele verklärt und seinem Herzen den Frieden gibt, — und das ist die Kunst! In der Kunst kann der Mensch seinen Schmerz gestalten, die Kunst ist es, die den Schmerz zu einem Genuß macht!

Ehret die Kunst! Dann hat der Künstler die Arbeit, für die er geboren!